

Niederschrift

der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 02.06.2016

Sitzungsort: "Kaffeetrichter", Infozentrum,

Löberstraße 34, 99096 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Bärwolff

Schriftführerin: 

Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Dringliche Informationsaufforderung - Stand Umsetzung
Drucksache 0679/10
BE: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler/ FDP/ Piraten
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften | 1095/16 |
| 4. | Verweisungen von Anfragen des Stadtrates | |
| 4.1. | Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom
06.04.2016
Vertagung aus der Sitzung BuV vom 12.05.2016
Klimaschutz in Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt | 1881/15 |

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 4.1.1. | Nachfragen zur Drucksache 1881/15 Große Anfrage "Klimaschutz in Erfurt" im Ausschuss für Bau und Verkehr
BE: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt | 1020/16 |
| 5. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Kanalerschließung Galgenberghang - Objektplanung Verkehrsanlagen - Bestätigung Entwurfsplanung
BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes | 0450/16 |
| 6. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 6.1. | Festlegung aus der Sitzung BuV vom 12.05.2016 zum TOP 5.9 Dringliche Anfrage- Neuer Verkehrsablauf der Clara-Zetkin-Straße (DS 0856/16); hier: Visualisierung / Simulation
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften | 1000/16 |
| 7. | Informationen | |
| 7.1. | 2. Bericht zur Umsetzung der Parkraumkonzeption
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung | 0402/16 |
| 7.2. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., informierte die Ausschussmitglieder, darüber das folgende dringliche Informationsaufforderung dem Ausschuss zur Beratung vorliegt:

- Stand der Umsetzung Drucksache 0679/10 (DS 1095/16)

Herr Warnecke, Fraktion SPD, erklärte, dass er hier keine Dringlichkeit der Drucksache sieht und bat daher um eine entsprechende Dringlichkeitsbegründung.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, führte zu den Gründen der Dringlichkeit aus.

Im Anschluss dessen stellte der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung:

- Stand der Umsetzung Drucksache 0679/10 (DS 1095/16)

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

Die dringliche Informationsaufforderung wurde unter dem TOP 3 Dringliche Angelegenheiten beraten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., informierte die Ausschussmitglieder außerdem darüber, dass der Ortsteilbürgermeister vom Wiesenhügel darum gebeten hat den Tagesordnungspunkt 6.1 Festlegung aus der Sitzung BuV Neuer Verkehrsablauf der Clara-Zetkin-Straße - Visualisierung / Simulation (DS 1000/16) vorzuziehen, da anschließend noch der Ortsteilrat tagt.

Da die Ausschussmitglieder keine weiteren Änderungen der Tagesordnung wünschten, stellte der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wurde **einstimmig** angenommen.

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Dringliche Informationsaufforderung - Stand Umsetzung 1095/16
Drucksache 0679/10
BE: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler/ FDP/ Piraten
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bedankte sich für die Beantwortung der Drucksache und nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung. Er erkundigte sich, in welcher Höhe die finanziellen Mittel dafür veranschlagt werden müssen.

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung nahm hierzu Stellung und kündigte weitere Ausführungen hierzu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung an.

zur Kenntnis genommen

4. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 4.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 1881/15
06.04.2016
Vertagung aus der Sitzung BuV vom 12.05.2016
Klimaschutz in Erfurt
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Der TOP 4.1 wurde nach dem TOP 6.1 behandelt.

Der TOP 4.1 wurde zusammen mit dem TOP 4.1.1 beraten.

Herr Kanngießner, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bedankte sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Nachfragen und teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass ein Stadtratsbeschluss im Herbst 2016 wünschenswert bzw. wichtig sei.

Er hatte folgende Nachfragen bzw. Hinweise:

- In Bezug nehmend auf die Beantwortung der Drucksache 1881/15 erkundigte er sich, wann genau mit den angekündigten Zwischenevaluationen der Fachhochschule zu rechnen sei.
- In Bezug auf die Drucksache 1020/16 erkundigte er sich, wann mit einer Aufschlüsselung der einzelnen Maßnahmen zu rechnen sei, auch vor dem Hintergrund einer eventuellen neuen Gewichtung der finanziellen Mittel durch einen neuen Stadtratsbeschluss.
- Bezug nehmend auf die Drucksache 1020/16 merkte er an, dass die Beantwortung im Hinblick auf die Stellplatzbeschränkung sehr erfreulich ist und teilte mit, dass man bei der Erstellung der B-Pläne auf diesen Aspekt achten sollte.

- Er erklärte, dass durch ein autofreies Quartier auch positive Auswirkungen auf die Mietkosten entstehen, da hierdurch Kosten für die Errichtung der Stellplätze / Tiefgaragen wegfallen würden.
- Er erkundigte sich, welche Gründe vorliegen, dass die Stadt keinen Eigenanteil für das Job-Ticket aufbringt, um dieses für die Mitarbeiter günstiger anzubieten.
- Weiterhin fragte er nach einer genauen Definition bzw. Erklärung der Begriffe "Linienbeförderungsfälle" und "Beförderungsfälle".
- Er wollte auch den weiteren Verlauf bzw. Zeitplan für die Umsetzung der Begegnungszone wissen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf die Stellplatzbegrenzung und wollte wissen, ob eine Änderung der kommunalen Stellplatzsatzung sinnvoll wäre. Er teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass der ADAC in der Meienbergstraße den Ausbau des Radverkehrs in beide Richtungen (Fahrradstraße) vorschlägt. Er nahm auch Bezug auf das Quartier äußere Oststadt und erkundigte sich nach der Umsetzung des autofreien Quartiers.

Der zuständige Mitarbeiter des Umwelt- und Naturschutzamtes informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass mit den Zwischenevaluationsberichten der FH nach der Sommerpause 2016 zu rechnen sei und dass die Stadt Erfurt mit dem Zuschuss pro Einwohner für den Radverkehr unter dem Wert des nationalen Radverkehrsplans liegt. Bezugnehmend auf die Tiefgaragen erklärte er, dass hierfür Mehrkosten entstehen, welche auf die Mietpreise umgelegt werden. Weiterhin führte er zu den Begriffsdefinitionen "Linienbeförderungsfälle" und "Beförderungsfällen" aus.

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass der Prüfauftrag in Bezug auf ein autorfreies Quartier im Rahmen der äußeren Oststadt durch die Stadtverwaltung berücksichtigt wird. Er informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass in der Stadt Erfurt keine geltende Stellplatzsatzung besteht. Weiterhin kündigte er an, dass i ggf. im nächsten halben bis dreiviertel Jahr ein Entwurf einer Stellplatzsatzung dem Ausschuss vorgelegt werden soll.

Herr Schlisio, sachkundiger Bürger, merkte an, dass ebenerdige Stellplätze für Fahrräder geschaffen bzw. berücksichtigt werden sollten, vor dem Hintergrund der E-Bikes. Daher erkundigte er sich, ob es entsprechende Überlegungen gibt.

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung wird den Hinweis mit aufnehmen. Der zuständige Mitarbeiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes führte zu der Thematik Begegnungszone aus und erklärte, dass durch die derzeitige vorläufige Haushaltsführung keine finanziellen Mittel für die Anschaffung der notwendigen Parkscheinautomaten zur Verfügung stehen. In den kommenden Haushaltsjahren 2017 und 2018 sollen die Haushaltsmittel eingestellt werden.

Er führte außerdem zu der Thematik Meienbergstraße und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten aus.

Herr Mey, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf das Jobticket und informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass der Gewerbeverein des Güterverkehrszentrums (GVZ) ein großes Interesse an einem entsprechenden Angebot des Jobtickets hätte, jedoch hierfür die nötigen Haltestellen der EVAG fehlen.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erklärte, dass im Gewerbegebiet ILZ-Ost eine entsprechendes Angebot für das Jobticket existiert, dieses jedoch nicht ausgiebig von den Mitarbeitern angenommen wird. Er nahm Bezug auf die Drucksache 1020/16 und erkundigte sich, ob bei der Frage zwei lediglich die Innenstadt betrachtet wurde, vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel ein hoher finanzieller Aufwand bei den Erfurter Seen erfolgte.

Folgende Festlegung wurde zu Protokoll gegeben:

Dem Ausschuss für Bau- und Verkehr sollen die steuerrechtlichen Gründe in Bezug auf das Absehen eines Zuschusses durch die Stadt für das Jobticket näher erläutert werden. (Antwort Frage 5, DS 1020/16)	WV: 21.07.2016	DS 1163/16
--	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

- 4.1.1. Nachfragen zur Drucksache 1881/15 Große Anfrage "Klimaschutz in Erfurt" im Ausschuss für Bau und Verkehr 1020/16
 BE: Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
 hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Siehe TOP 4.1

zur Kenntnis genommen

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Kanalerschließung Galgenberghang - Objektplanung Verkehrsanlagen - Bestätigung Entwurfsplanung 0450/16
 BE: Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes

Da die Ausschussmitglieder keine Nachfragen zu der Thematik hatten, stellte der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die vorliegende Entwurfsplanung für den grundhaften Straßenbau der Maßnahme Kanalerschließung Galgenberghang (Anlage 1-2¹) wird inhaltlich bestätigt und bildet damit die Grundlage für die weiteren Planungsphasen.

¹ Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der Sitzung BuV vom 12.05.2016 zum TOP 1000/16
5.9 Dringliche Anfrage- Neuer Verkehrsablauf der Clara-Zetkin-Straße (DS 0856/16); hier: Visualisierung / Simulation
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Der TOP 6.1 wurde nach dem TOP 3.1 behandelt.

Der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung führte zu der Thematik Clara-Zetkin-Straße anhand einer Simulation aus. Er erklärte insbesondere die veränderten Verkehrsabläufe bei überbreiten Spuren und bei jeweils einer Fahrbahnspur stadteinwärts bzw. stadtauswärts. Er zeigte außerdem die Umverteilung des Verkehrs auf die umliegenden Straßen.

Die folgenden Nachfragen bzw. Hinweise der Ausschussmitglieder wurden durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, den Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes sowie durch den zuständigen Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung beantwortet:

- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, nahm Bezug auf die Variante der überbreiten Fahrspuren und erkundigte sich nach den Auswirkungen auf den nachfolgenden Verkehr, wenn ein Versorgungsfahrzeug der Stadtwirtschaft einen Teil der Spur versperrt, um die Arbeit zu erledigen und ein weiterer LKW versucht daran vorbeizukommen. Er merkte außerdem den Zustand des unter der Straße befindlichen Schwemmbachs an. Er erklärte, dass bei einer Verlagerung des Verkehrs zum Beispiel auf die Wilhelm-Busch-Straße ein erhöhtes Gefahrenpotential für die Schüler der ansässigen Schule entsteht.
- Der Ausschussvorsitzende Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf den Kanal und merkte an, dass laut dem Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes keine Schwierigkeiten hinsichtlich der bestehenden Qualität / Tragfähigkeit bestehen. Er sprach sich für die Variante der überbreiten Fahrspuren aus.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bedankte sich für die Simulation und teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass etwas für die Anwohner der Clara-Zetkin-Straße getan werden muss. Er erklärte außerdem, dass durch die überbreiten Fahrspuren keine drastische Veränderung des Verkehrsflusses entstehen würde, aber ob hierdurch eine Verbesserung für die Anwohner erreicht wird, ist aus seiner Sicht noch nicht ersichtlich. Er warb für eine Einbindung der Anwohner in den Planungsprozess.
- Der Ortsteilbürgermeister vom Wiesenhügel erkundigte sich, wie viele LKW bei den Verkehrszählungen gezählt wurden und um welche Größe es sich bei denen handelt.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, merkte an, dass eine Fahrbahnsanierung in der Clara-Zetkin-Straße dringend notwendig sei und hierdurch auch eine Verbesserung für die Anwohner erreicht wird. Er nahm Bezug auf die Umverteilung des Verkehrs durch eine Abänderung des Verkehrsflusses in der Clara-Zetkin-Straße und erklärte, dass hierdurch eine Entlastung für die Anwohner der Clara-Zetkin-Straße erfolgt, je-

doch eine Belastung der benachbarten Straßen zu erwarten ist. Er wies außerdem auf die erhöhte Feinstaubbelastung hin und den guten Ausbau des ÖPNV-Netzes und die Umgehungsstraße.

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob eine zusätzliche Radspur errichtet werden soll.
- Herr Schlisio, sachkundiger Bürger, sprach sich für den Erhalt der Haupttrasse in der Windhorststraße aus und merkte an, dass in der Simulation nicht betrachtet wurde, dass eine Umverteilung auf den ansässigen ÖPNV erfolgen könnte und somit weniger Verkehr auf der Straße gegeben sein könnte.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass durch die Variante der überbreiten Fahrspuren keine Verlagerung des Verkehrs auf umliegende Straßen erfolgt. Er merkte außerdem an, dass der Stadtrat im Rahmen des Lärmaktionsplanes die überbreiten Fahrspuren beschlossen hat.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes informierte die Ausschussmitglieder über erfolgte Gespräche mit dem Entwässerungsbetrieb hinsichtlich des Zustandes des Kanals des Schwemmbachs. In diesen Gesprächen wurde der Kanal als nicht sanierungsbedürftig eingestuft. Er teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass der Kanal $\frac{1}{4}$ jährlich auf Risse und andere Veränderungen kontrolliert wird.

Der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung erklärte, dass im Bereich der Clara-Zetkin-Straße ein LKW-Fahrverbot besteht, jedoch fahren trotzdem einige LKW's hier entlang. In den erfolgten Verkehrszählungen wurden in etwa 200-300 LKW's pro Tag gezählt. Er informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die Möglichkeit der Nutzung des Gehweges in der Clara-Zetkin-Straße für Radfahrer bestehen soll, aber die Haupttrasse in der Windhorststraße hauptsächlich genutzt werden sollte.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. 2. Bericht zur Umsetzung der Parkraumkonzeption 0402/16 BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, äußerte seine Freude über die weitere Umsetzung des Parkraumkonzeptes und fragte nach, wann dieses weiter umgesetzt wird.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass eine weitere Umsetzung erfolgen kann, sobald die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

zur Kenntnis genommen

7.2. Sonstige Informationen

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bedankte sich ausdrücklich bei der Stadtverwaltung und dem Straßenverkehrsamt Thüringen für die schnelle Errichtung von Lichtsignalanlagen im Bereich Stotternheimer Straße – Nödaer Weg. Da der Verkehr durch die Umleitung der A71 und Ortsumfahrung über die Stotternheimer Straße geführt wird und eine Ausfahrt aus dem Nödaer Weg sehr erschwert wird.

Frau Bechstedt, sachkundige Bürgerin, teilte mit, dass im Bereich des Thomasecks / Ecke Juri-Gagarin-Ring vermehrte durch parkende Autos ein Rückstau entsteht. Daher fragte sie nach, ob die Stadtverwaltung darüber Kenntnis hat und ob es hierfür eine Abhilfe gibt. Der zuständige Mitarbeiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes erklärte, dass die Stadt darüber Kenntnis hat und erläuterte das bisherige Vorgehen.

gez. Bärwolff
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin